

Antrag 31/II/2025**SPDqueer Berlin LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****erledigt durch 30/II/2025 (Konsens)****Nothilfefonds und Unterstützungsinfrastruktur für das queere Freizeit- und Nachtleben einführen**

1 Die SPD-Mitglieder des Berliner Senats und die SPD-
2 Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefor-
3 dert, in enger Abstimmung mit den relevanten Akteur*in-
4 nen der Wirtschaft und Zivilgesellschaft einen Nothilfe-
5 fonds für queeres Nachtleben in Berlin einzuführen. Ziel
6 des Fonds soll es sein, dass in wirtschaftliche Bedrängnis
7 geratene oder durch Angriffe zu Schaden gekommene Ein-
8 richtungen des queeren Freizeit- und Nachtlebens vor der
9 Schließung bewahrt werden können. Hierfür soll ein Kri-
10 terienkatalog erarbeitet werden, der regelmäßig evaluiert
11 werden soll und bspw. Standortrelevanz, Kulturangebote,
12 Beratungsangebote, gute Arbeitsbedingungen und Dis-
13 kriminierungsfreiheit berücksichtigt. Maßgeblich soll der
14 Schutz von altgedienten Standorten und Sicherung von
15 Angeboten und Arbeitsplätzen sein. Berechtigt sein sollen
16 bspw. Clubs, Bars oder Kultureinrichtungen oder sonstige
17 Standorte, die queere Freizeit- und Kulturangebote bereit-
18 stellen.

19
20 Der Fonds soll solidarisch von den Einrichtungen, die es
21 sich leisten können, und dem Abgeordnetenhaus finan-
22 ziert werden. Der Fonds soll Härten wie Mietexplosio-
23 nen, Klageprozesse oder gewalttätige Zerstörungen abfe-
24 dern und die Möglichkeit wirtschaftlicher Konsolidierung
25 oder eines Umzugs beim größtmöglichen Erhalt von An-
26 geboten zu erschwinglichen Preisen und Arbeitsplätzen
27 ermöglichen.

28
29 Ebenfalls sollen bei der zuständigen Senatsverwaltung
30 oder den Bezirken Beratungsangebote bei Mietrechtsfra-
31 gen oder Wirtschaftlichkeitsproblemen eingerichtet wer-
32 den, die sich explizit an queere Kultur- und Freizeitein-
33 richtungen richten. Für akut in wirtschaftliche Not gerate-
34 ne queere Clubs soll es ein niedrigschwelliges finanzielles
35 Förderprogramm zur wirtschaftlichen Soforthilfe geben.

36
37 Senat und Fraktion sollen sich weiterhin gegenüber der
38 Bundesebene (SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag,
39 Bundesregierung, im Bundesrat) für die zügige Einfüh-
40 rung eines Gewerbetreibendendeckels einsetzen. Gemein-
41 sam mit den Bezirken soll weiterhin an tragfähigen Lärm-
42 schutzkonzepten unter Einbeziehung der aktuellen Recht-
43 sprechung gearbeitet werden und das Vorkaufsrecht, wo
44 möglich, genutzt werden.

45

Begründung

46
47 Fast täglich erreichen uns Nachrichten über den drohen-
48 den Verlust queere Freizeit- und Kultureinrichtungen und

49 queerer Clubs und Bars, wie neulich erst dem SchwuZ.
50 Ebenfalls werden diese Einrichtungen immer mehr zur
51 Zielscheibe rechtsradikaler Gewalt, wie neulich zum wie-
52 derholten Male das Topsy Bear. Gleichzeitig hat das Ber-
53 liner Verwaltungsgericht unlängst das Nachtleben als
54 schützenswert in vielen Bereichen unserer Stadt aner-
55 kannt.
56
57 Gründe für (drohende) Schließungen sind vielfältig, aber
58 ähneln sich oft: Hohe Betriebs- und Lohnkosten, dadurch
59 resultierend hohe Eintrittsgelder, explodierende Gewer-
60 bemieten, Kündigungen von Mietverträgen und Klagen
61 wegen Lärmschutz. Berlin droht eines seiner einzigartigen
62 Merkmale zu verlieren: sein queeres Kultur- und Nacht-
63 leben. Dies ist nicht nur ein treibender wirtschaftlicher
64 Faktor, sondern auch essenzieller Bestandteil einer Infra-
65 struktur sicherer Räume für queere Menschen in der Re-
66 genbogenhauptstadt. Immer öfter werden queere Men-
67 schen angegriffen und somit umso mehr auf diese siche-
68 ren Räume angewiesen.
69
70 Beratung und finanzielle Unterstützung können viele die-
71 ser Einrichtungen retten. Ein solidarischer Fonds, der so-
72 wohl die Wirtschaft, als auch die öffentliche Hand ins Boot
73 holen teilt so gerecht die Lasten auf. Stirbt das Nachtle-
74 ben, so stirbt auch ein wichtiger Teil der Identität unserer
75 Stadt. Und sind queere Menschen nicht mehr sicher, sind
76 ein bedeutender Teil unserer Stadtgesellschaft nicht mehr
77 sicher. Insofern muss eine Rettung ihrer Räume im öffent-
78 lichen Interesse sein und dementsprechend ist Handeln
79 notwendig.